

Ungarn bleibt demokratisch

Die Kritik am neuen Mediengesetz der Regierung in Budapest ist überzogen. Es gibt keinen Grund, die Meinungsfreiheit in Gefahr und ganz Ungarn auf Abwegen zu sehen.

von Zsuzsa Breier



Zsuzsa Breier leitet Gesellschaft zur Förderung der Kultur im erweiterten Europa e.V.

Genau zu dem Zeitpunkt, wo Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, sorgen sich Oppositionelle und internationale Medien um die Demokratie in dem Land. Anlass ist vor allem ein Mediengesetz, das kurz vor Weihnachten vom ungarischen, übrigens demokratisch gewählten Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet wurde.

„Entdemokratisierung“, „jüngster Anschlag auf Ungarns Verfassung“, „Unrecht“ und „Zensur“ lauten die Vorwürfe. Und manche EU-Abgeordnete sehen Ungarn schon „in Richtung Weißrussland“ oder gar auf dem Weg zum „Führerstaat“. Sollte der vielgescholtene Premier Viktor Orbán, nachdem er mit viel Zivilcourage zur Überwindung der Diktatur beigetragen und später aktiv Ungarns Beitritt zur Europäischen Union

vorangetrieben hat, plötzlich „Abschied von Europa“ nehmen und Ungarn in eine „autoritäre Herrschaft“ verwandeln wollen? Was steht denn nun in diesem so umstrittenen Gesetz?

„Das Gesetz wird geschaffen“, heißt es im Gesetzestext, um „gemäß den Verfassungsprinzipien und den EU-Normen“, „unter Schutz der Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit“, „das Funktionieren der demokratischen Einrichtungen zu stärken“. Paragraph 3 regelt die Grundsätze des Gesetzes und nennt an erster Stelle die „Meinungs- und Informationsfreiheit“. Paragraph 4 stellt klar: „Die Regelungen dieses Gesetzes sind unter Beachtung des Schutzes der Vielfalt auszulegen.“

Folgt daraus etwa, der „Geist“ des Gesetzes wäre gegen die Meinungs- und Pressefreiheit und gefährde die Vielfalt? Themen, die europaweit, über alle Parteigrenzen hinweg für Diskussionen sorgen, wie zum Beispiel Freiheit und Jugendschutz oder Freiheit und nationale Sicherheit abzuwägen, werden aufgegriffen: Die Regelungen hierzu scheinen auch nicht aus dem europäischen Rahmen zu fallen.

Gewiss bleiben da noch schwierige Fragen: Was genau ist „nationale Sicherheit“, und was bedeutet „ausgewogen“? Aber ist das gleich als antidemokratisch zu werten, geschweige denn direkt in den Führerstaat weisend?

Eines allerdings ist richtig: Das Gesetz ist ohne breite öffentliche Diskussion verabschiedet worden. Auch wenn seit Jahren schon Gremien und Kommissionen an einem Entwurf gearbeitet haben, von dem nicht wenig nun Verwendung findet: Es wäre besser gewesen, gerade wegen der Zweidrittelmehrheit im Parlament das Gesetz im Vorfeld zu debattieren. Und vielleicht wäre es im innenpolitisch so vergifteten Klima eine Geste an die desolante Opposition gewesen, einen ihrer Kandidaten in die Medienbehörde zu berufen, wenn sie sich denn auf einen hätte einigen können. Obwohl: Die Zeit des runden Tisches ist vorbei, und das gewählte Parlament ist durch das Wahlvolk legitimiert.

Heftig umstritten ist der Anspruch des Gesetzgebers, „die Ausgewogenheit“ der Berichterstattung

„kontrollieren“ zu wollen und zum Beispiel die Rubrik „Mord und Totschlag“ mit Sendequoten zu begrenzen. Wer in den ungarischen Medien die seit Jahren zunehmende rassistische und pornografische Freizügigkeit sowie die alltägliche Bilderflut des Klatsch & Crime sieht, wird diese Regelung eher als Versuch auslegen, vernünftige ethische Standards zu schaffen.

Das Gesetz verbiete kritischen Journalismus, heißt es, sei direkte Zensur oder eine Nötigung zur Selbstzensur. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass ungarische Medien, meinungsbildende Journalisten und Intellektuelle ab Januar 2011 plötzlich nicht mehr ihre Meinung kundtun. Ich kenne ihre Beiträge seit langen Jahren als mutig und couragiert, auch geistreich und angriffslustig, manchmal geschmacklos und hasserfüllt, dann wieder ironisch und amüsant. Wer könnte, wollte, sollte denn solch freie Geister zum Schweigen bringen 2011, in einem demokratischen Land, wo freie Wahlen über die Regierungen, freie Gerichte über Straftaten und demokratische Parlamentsmehrheiten über Gesetze entscheiden?

Ob das ungarische Mediengesetz gut oder schlecht ist, ob es sich zur Knebelung der Pressefreiheit missbrauchen lässt, kann heute keiner mit Gewissheit sagen. Es sei denn, man hat prophetische Fähigkeiten wie manch deutsches Wochenmagazin, das heute schon weiß, dass der ungarische Vorsitz in der EU „keine Chancen (hat), zum Endpunkt einer Erfolgsgeschichte zu werden“.

Wir in Ungarn haben uns mühsam aus dem Schutt der Nachkriegsordnung und der kommunistischen Diktatur befreit, uns mit großem Einsatz für die nicht einfache Aufgabe der Ratspräsidentschaft, noch dazu in einer krisengebeutelten EU, vorbereitet. Wir danken für solche Ermutigungen.

Es bleibt dabei: Ungarn verabschiedet sich weder von der Pressefreiheit noch von der Demokratie, geschweige denn von Europa. Die

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).